

für den Verwaltungs- und Kultur-
ausschuss
-nichtöffentlich-

für den Kreistag
-öffentlich-



Ergebnis der Jahresrechnung 2006 Mitteilungsvorlage

Beschlussvorschlag:

Kein Beschluss vorgesehen.

Kosten/Finanzielle Auswirkungen:

--

Sachdarstellung/Begründung:

I. Kurzfassung

Nach den Vorschriften der Gemeindeordnung (§ 95 Abs. 2 in Verbindung mit § 110 Abs. 1 GemO) kann das Rechnungsergebnis erst nach Abschluss der örtlichen Prüfung durch das Amt für Kommunalaufsicht und Rechnungsprüfung (§ 110 GemO) formell festgestellt werden. Danach wird die Jahresrechnung nach ortsüblicher Bekanntgabe öffentlich ausgelegt (§ 95 Abs. 3 GemO). Da die Eigenprüfung noch nicht abgeschlossen ist, wird das Ergebnis der Jahresrechnung 2006 vorab zur Kenntnis gebracht.

Auf Grund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung verbesserte sich die Einnahmesituation und bei den Ausgaben konnten weitere Einsparungen erzielt werden. Dadurch verbessert sich die Zuführung zum Vermögenshaushalt um 5,1 Mio. EUR und ermöglicht, auf die geplanten Kreditaufnahmen von 3,6 Mio. EUR zu verzichten. Der hohe Schuldenstand reduziert sich von 81,5 Mio. EUR auf 76,7 Mio. EUR. Der Gesamtüberschuss von 0,4 Mio. EUR des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts kann der Allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

II. Ausführliche Sachdarstellung

1. Allgemeines

Der Kreistag verabschiedete den Haushalt 2006 am 12.12.2005. Das Regierungspräsidium Tübingen hat die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung 2006 bestätigt. Die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte am 27.01.2006. Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan lag ferner in der Zeit vom 30.01.2006 bis 09.02.2006 öffentlich aus. Der Verwaltungs- und Kulturausschuss wurde in seinen Sitzungen am 12.07. und 06.11.2006 über die finanzielle Entwicklung des laufenden Haushaltsjahres informiert (KT-Drucksachen Nr. VII-289 und VII-289/1).

Die wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer Verbesserung der Einnahmesituation insbesondere bei der Grunderwerbsteuer, den FAG-Zuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Verwaltungsgebühren. Andererseits konnten bei den Ausgaben Einsparungen erzielt werden. Dadurch wurde die Zuführung des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt um 5,1 Mio. EUR verbessert. Dies ermöglicht, auf die geplanten Kreditaufnahmen von 3,6 Mio. EUR zu verzichten (Anlage 1) und erstmals seit Jahren die hohe Verschuldung auf 76,7 Mio. EUR zu reduzieren. Im Verwaltungs- und Vermögenshaushalt ergibt sich insgesamt ein Überschuss von 0,4 Mio. EUR, der der Allgemeinen Rücklage zugeführt wurde. Die Haushaltsreste wurden vermindert und sind in der Anlage 2 einzeln dargestellt.

2. Entwicklung der Haushaltswirtschaft und Rechnungsergebnis

2.1 Einnahmen des Verwaltungshaushalts

Bereinigte Soll-Einnahmen: 194,8 Mio. EUR.

Nachfolgend die bedeutendsten Abweichungen vom Haushaltsplan im Einnahmebereich:

- Im Unterabschnitt 4040 führten die Erstattungen von Verwaltungskosten durch die Arbeitsagentur zu Mehreinnahmen von 0,90 Mio. EUR. Nach Abzug der vom Landkreis zu leistenden Verwaltungskostenerstattung (0,44 Mio. EUR) verblieb eine Verbesserung von 0,46 Mio. EUR.
- In den Abschnitten 41 bis 49 (ohne 43, 46 und 47) ergaben sich Einnahmeverbesserungen von 5,1 Mio. EUR, jedoch auch Mehrausgaben von 6,0 Mio. EUR, so dass hier immer noch Mehrausgaben von 0,9 Mio. EUR im Vergleich zu den Planansätzen verblieben.
- Im Unterabschnitt 6520 (Betrieb und Unterhaltung von Straßen) ergaben sich Mehrausgaben (insbesondere Winterdienst) von 0,66 Mio. EUR, die von den Straßenbaulastträgern zu übernehmen sind.
- Im Unterabschnitt 9000 (Steuern, Gebühren, Zuweisungen, Umlagen) ergaben sich per Saldo Mehreinnahmen von 4,61 Mio. EUR. Wesentlicher Bestandteil waren die Mehreinnahmen aus der Grunderwerbsteuer (+ 2,34 Mio. EUR), die erhöhten FAG-Zuweisungen nach der mang. Steuerkraft (+ 1,95 Mio. EUR) und höhere Verwaltungsgebühren (+ 0,384 Mio. EUR).
- Die im HH-Jahr 2006 vorhandene gute Liquidität führte zu Mehreinnahmen bei den Zinsen aus Geldanlagen (UA 9110) von 0,29 Mio. EUR.

Aus der Anlage 3 sind die wesentlichen Planabweichungen im einzelnen zu ersehen.

2.2 Ausgaben des Verwaltungshaushalts

Bereinigte Soll-Ausgaben: 194,8 Mio. EUR

Zu den Einzelbereichen des Sozialhaushalts (Zuschussbedarf):

- Abschnitt 41 – Sozialhilfe

Gegenüber dem Planansatz von 42,02 Mio. EUR betrugen die tatsächlichen Ausgaben 41,47 Mio. EUR (-0,55 Mio. EUR).

- Abschnitt 45 – Jugendhilfe

Die Aufwendungen für den Bereich der Jugendhilfe (18,23 Mio. EUR) konnten innerhalb der Ansätze gehalten werden (Ansatz 18,41 Mio. EUR, -0,2 Mio. EUR).

- Abschnitt 48 – Unterhaltsvorschuss / Leistungen nach SGB II / Landesblindenhilfe

Die Leistungen im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes sind auch im Haushaltsjahr 2006 weiter angestiegen. Da jedoch auch Mehreinnahmen zu verzeichnen waren, reduzierte sich der geplante Zuschussbedarf von 0,52 Mio. EUR auf 0,21 Mio. EUR. Nach wie vor dominieren die Leistungen nach dem SGB II den Abschnitt 48. Hier überstieg der Zuschussbedarf mit 16,16 Mio. EUR den Ansatz um 2,13 Mio. EUR. Die Umlage an den Kommunalverband für Jugend und Soziales (KVJS) reduzierte sich um 0,54 Mio. EUR, sodass die Gesamtleistungen im Sozialhaushalt mit + 0,35 Mio. EUR nur geringfügig über den geplanten Zuschussbedarf liegt. Die Landesblindenhilfe (UA 4840 früher Landeswohlfahrtsverband - LWV) lag mit 1,16 Mio. EUR im Bereich des Planansatzes (1,15 Mio. EUR).

Bereich	Zuschussbedarf		
	Ansatz	Rechnungsergebnis	Planvergleich +/-
	in tausend EUR	in tausend EUR	in tausend EUR
Abschnitt 41 – Sozialhilfe, Eingliederungshilfe, Grundsicherung	42.020	41.466	-554
Abschnitt 42 – Asylbewerber	1.637	1.534	-103
Abschnitt 45 – Jugendhilfe	18.410	18.230	-180
Abschnitt 48 – Unterhaltsvorschussgesetz, Leistungen nach SGB II, Landesblindenhilfe	15.691	17.580	+1.889
Zwischensumme	77.758	78.810	+1.052
Umlage des LWV / KVJS	1.957	1.422	-535
Gesamt	79.715	80.232	+517

Weitere markante Bereiche des Haushalts:

- Im Gebührenhaushalt Abfallwirtschaft wurden mit einem Aufkommen von 6,62 Mio. EUR die eingeplanten Abfallgebühren erreicht. Aufgrund von Kostenüberdeckungen aus dem laufenden Jahr (0,1 Mio. EUR) und aus den Vorjahren konnten im Rahmen des Sonderabschlusses für den Gebührenhaushalt Abfallwirtschaft insgesamt 1,41 Mio. EUR in das Haushaltsjahr 2007 übertragen werden.
- Die Personalausgaben von 34,8 Mio. EUR lagen mit 0,8 Mio. EUR unter dem Planansatz von 35,6 Mio. EUR.
- Im Bereich der Schülerbeförderung (UA 7920) ergaben sich wie u. a. bereits in KT-Drucksache Nr. VII-289/1 dargelegt Mehraufwendungen von 0,3 Mio. EUR.

In der Anlage 4 ist die Entwicklung der wesentlichen Einnahmen und Ausgaben seit 2002 dargestellt.

2.3 Zuführung zum Vermögenshaushalt

Im Haushaltsplan 2006 war eine Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt in Höhe von 4,96 Mio. EUR vorgesehen. Durch die erwähnten Mehreinnahmen und Einsparungen auf der Ausgabenseite erhöht sich die Zuführungsrate zum Vermögenshaushalt auf 10,01 Mio. EUR um 5,05 Mio. EUR.

2.4 Vermögenshaushalt, Schuldenstand, Allgemeine Rücklage

Bereinigte Soll-Ausgaben: 13,9 Mio. EUR

Mit einem Volumen von 13,89 Mio. EUR (inkl. Kredittilgung) lag das Volumen des Vermögenshaushalts deutlich unter dem der Vorjahre, nachdem die Klinikinvestitionen zunächst abgeschlossen sind.

- Die Investitionen lagen schwerpunktmäßig in den Bereichen Schulen (1,4 Mio. EUR), Kreiskliniken (1,1 Mio. EUR) und Kreisstraßen (2,9 Mio. EUR). Für den Erwerb des Verwaltungsgebäudes Schulstraße 16 wurden 2,3 Mio. EUR investiert. Zur Finanzierung der Investitionen der Kliniken konnte erneut eine Investitionsausschüttung der Kreissparkasse Reutlingen in Höhe von 1,0 Mio. EUR verwendet werden.
- Bei den geplanten Immobilienveräußerungen gab es zeitliche Abweichungen, die einerseits 2005 bereits zu Mehreinnahmen von 1,1 Mio. EUR führten, andererseits konnte 2006 die Veräußerung der alten Klinik Münsingen nicht abgeschlossen werden (Mindereinnahmen 1,3 Mio. EUR). Die Veräußerung erfolgte inzwischen im Jahr 2007.
- Aufgrund der verbesserten Zuführung konnte auf die vorgesehene Kreditaufnahme von 3,6 Mio. EUR verzichtet werden. Unter Berücksichtigung der Kredittilgung verminderte sich der Schuldenstand von 81,5 Mio. EUR auf 76,7 Mio. EUR. Der Schuldenstand ist insbesondere wegen der Finanzierung der Klinikinvestitionen nach wie vor überdurchschnittlich hoch.

HH-Jahr	Zuführung Vwh an Vmh		zum Vergleich	
	Ansatz in tausend EUR	Rechnungsergebnis in tausend EUR	Kredittilgung in tausend EUR	Schuldenstand in tausend EUR
1990	2.832	10.919	1.826	25.620
1991	3.763	8.685	1.887	27.363
1992	1.943	1.740	1.904	38.241
1993	2.454	-2.481 (Fehlbetrag)	2.206	46.261
1994	1.340	7.707	2.325	46.798
1995	2.398	3.377	1.141	46.168
1996	1.235	3.816	1.233	58.743
1997	1.640	-1.531 (Fehlbetrag)	2.659	64.453
1998	2.565	4.776	3.245	66.364
1999	3.214	6.604	3.515	65.022
2000	7.708	14.066	3.580	61.698
2001	6.712	13.273	3.540	58.158
2002	1.739	-1.794 (Fehlbetrag)	3.756	54.403
2003	0	42	3.635	59.207
2004	1.000	-1.593 (Fehlbetrag)	3.783	70.024
2005	4.837	7.694	4.020	81.504
2006	4.960	10.018	4.792	76.712

Aufschlüsselung der Fehlbeträge:

HH-Jahr	Fehlbetrag Vwh in tausend EUR	Fehlbetrag Vmh in tausend EUR	Fehlbetrag gesamt in tausend EUR	Abdeckung HH-Jahr
1993	4.687	3	4.690	1994 / 1995
1997	2.176	-	1.531	1998
2002	1.794	368	2.162	2005
2004	1.593	2.097	3.690	2007

Im Haushaltsjahr 2007 ist der planmäßige Ausgleich des Fehlbetrags aus dem Haushaltsjahr 2004 in Höhe von 3,69 Mio. EUR veranschlagt.

Der Gesamtüberschuss aus Verwaltungs- und Vermögenshaushalt betrug im Haushaltsjahr 2006 0,44 Mio. EUR und wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt.